

Arne C. Seifert

## **„2+4“- Verhandlungen und die DDR-Diplomatie – Wie Bonn und der Westen die internationale Wende der neunziger Jahre verspielten**

„Für uns ist die NATO, was sie immer war, ein uns gegenüberstehender militärischer Block mit einer Doktrin von bestimmter Ausrichtung und unter Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu führen... Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird. Die Emotionen bei uns werden hochkochen, in den Vordergrund werden die Gespenster der Vergangenheit rücken, und die nationalen Komplexe, die in den tragischen Kapiteln unserer Geschichte wurzeln, werden wieder aufleben.“ (Genscher, Erinnerungen).

Wessen Ermahnung ist das wohl? Putins an den Westen im Kontext der Ukrainekrise 2014/15 ? Falsch. Sie kam bereits 1990.

Warnender war Eduard Schewardnadse, sowjetischer Außenminister, sein Anlass die Eröffnung der Zwei-Plus-Verhandlungen am 5. Mai 1990. „Nichts ist vereinbart“, so Schewardnadse, „bevor nicht alle Aspekte der Regelung abgestimmt sind, bevor nicht eine vollständige *Interessenbalance* (kursiv – A. S.) gefunden ist.“ Er drang darauf, „die deutsche Frage mit der Entwicklung neuer Strukturen für eine gesamteuropäische Sicherheit zu synchronisieren.“ Schewardnadses Hervorheben einer gesamteuropäischen Interessenbalance gleicht im Lichte des heutigen Konflikts mit der russischen Führung um die Ukraineproblematik einer Vorahnung: Die europäische Gewichteverschiebung nach der deutschen Vereinigung und die Selbstauflösung des Warschauer Vertrags könnte in Unwucht zu Ungunsten Russlands umschlagen. Was sich bewahrheitete. Insofern hat Schewardnadse mit seiner Warnung 1990 das vorausgedacht, was sich heute, fünfundzwanzig Jahre nach 2+4, im Ukraine Konflikt sowie der militärischen Einnahme Osteuropas bis dicht an die Grenzen Russlands durch eine USA gelenkte NATO materialisiert.

Außenminister Genscher fasste in seinen „Erinnerungen“ das Ziel der CDU/CSU-FDP-Regierung in den 2+4-Verhandlungen in die Formel: „Jene Rechte auf Seiten der vier Mächte, die uns unsere volle Souveränität vorenthielten, mußten ohne Verzögerung für beendet erklärt werden.“ Stand also das „deutsch-nationale“ Interesse im Vordergrund und würde dafür auch weiterhin die NATO gebraucht? Teilten diese Orientierung 1990 alle Deutschen?

Dass von Letzterem keine Rede sein konnte, davon zeugt das Mandat der Regierungskoalition der 1990 frei gewählten Volkskammer, mit welchem die DDR-Vertreter in die 2+4 – Verhandlungen gingen.

### *Die DDR-Diplomatie und 2+4*

Vom Konzipieren der 2+4 – Verhandlungen wurden die Vertreter der DDR fern gehalten. „Nach wochenlangen Geheimsondierungen in den Hauptstädten der Siegermächte, über die Ostberlin nicht informiert wurde, handelte Genscher damals am Rande der Außenministerkonferenz der Nato- und Warschauer Vertragsstaaten im kanadischen Ottawa Rahmen und Inhalt für ‚Zwei-plus-Vier‘ im Alleingang mit Schewardnadse, Baker, Dumas und Hurd aus. Der seinerzeitige DDR-Außenminister Oskar Fischer wurde nicht beteiligt und buchstäblich in den Kulissen des Ottawaer Konferenzentrums stehen gelassen, der in Bonn weilende Ministerpräsident Modrow von Kohl erst informiert, als Genscher in Ottawa alles klargemacht hatte.“ (Andreas Zumach, taz vom 5.9.1990). Tatsächlich bat Minister Genscher den DDR-Außenminister erst auf Intervention Schewardnadses zu sich, als bereits alle Messen gesungen waren - am letzten Abend nach Konferenzende von Ottawa.

Wesentliche Entscheidungen, so erinnert sich Botschafter a. D. Hans Voß, nämlich die über die Einordnung Deutschlands in das europäische Sicherheitsgefüge – wurden außerhalb der Verhandlungen getroffen. Sie waren vor allem den Dreiecksgesprächen Bundesrepublik – USA – Sowjetunion vorbehalten. Auch über die Einigung über die NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands wurde die DDR-Regierung erst im Nachhinein informiert. (DDR-Außenpolitik, Lit 2010)

Bonn entschied die zentralen Fragen im Alleingang, weil hinsichtlich der Einordnung Deutschlands in das europäische Sicherheitsgefüge die Konzepte der beiden letzten DDR-Regierungen sowie ihres Außenministeriums mit denen der BRD auseinander gingen. Bereits am 23. Februar 1990 wies das MfAA mit einem Memorandum „Zum Reinigungsprozeß“ die Botschaften an, die KSZE-Staaten über die Haltung der DDR zu informieren. Diese lief daraus hinaus, „daß die Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen des KSZE-Prozesses, unter Respektierung der Sicherheitsinteressen aller seiner Teilnehmerstaaten“ erfolgen solle. Und: „Dass „die beiden deutschen Staaten auf dem Gipfeltreffen der 35 KSZE-Staaten den gemeinsamen Entwurf einer Erklärung zur deutschen Frage, die Bestandteil des Konferenzergebnisses werden soll, einbringen“. (Die DDR-Diplomaten und die Einheit Deutschlands, Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin, Mai 2015).

Selbst zu einem Zeitpunkt, als den Koalitionären der Regierung de Maizière bereits bewusst wurde, dass sie um eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO nur schwerlich herumkommen würden, blieb die Volkskammer dabei: Ein vereinigt Deutschland müsse seine „Sicherheit in einer gesamteuropäischen Friedensordnung“ finden. Im April 1990 vereinbarten die in der Volkskammer vertretenen Parteien CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch, Bund Freier Demokraten und SPD in den Grundsätzen ihrer Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 3.2.: „Es ist Aufgabe der Regierung der DDR, dafür einzutreten, den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu fördern. Es ist davon auszugehen, daß das vereinigte Deutschland für eine Übergangszeit bis zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems Mitglied der sich in ihren militärischen Funktionen verändernden NATO sein wird. Die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ist den osteuropäischen Staaten nur zumutbar, wenn damit sicher das Aufgeben bisher gültiger NATO-Strategien, wie Vorneverteidigung, Flexible Response und nuklearer Ersteinsatz, verbunden sind.“ (Ebenda)

Festzuhalten gilt, dass diese Position nicht mehr aus einer SED-Feder kam. Vielmehr speiste sie ein wahrhaftiger Friedenswunsch, der aus der Ablehnung der Militärstrategie des Warschauer Pakts entsprang und sich in der Forderung kristallisierte „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Sie war breiter Konsens von Parteien und Bewegungen, welche die Wende auch als Einheit von innerer- und internationaler Demokratisierung verstanden. Die Regierung de Maizière folgte diesen „Außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzpositionen“ der Volkskammerfraktionen, hatten diese doch entschieden, „daß der Inhalt, daß zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbarende Regelungen [...] den heutigen Vereinbarungen zwischen den Koalitionsfraktionen in ihren Grundzügen entsprechen müssen.“

Unterstützung erhielt die DDR-Regierung auch von sowjetischer Seite. UdSSR-Botschafter Kotschomasov bekräftigte gegenüber Ministerpräsident Lothar de Maizière am 16. April, es sei allein Sache der Deutschen, über die Form zu entscheiden, in der sie ihr Recht auf staatliche Einheit verwirklichen. Allerdings dürfe die Vereinigung Deutschlands nicht zur Verringerung der Sicherheit irgendeines anderen Staates führen, auch dürfe der militärpolitische Status eines einheitlichen Deutschlands nicht den militärpolitischen Status quo in Europa verändern. Ausdrücklich wurde die Regierungserklärung von Ministerpräsident de Maizière begrüßt, wonach die Regierung der DDR den Prozess der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu fördern beabsichtige. (Gunter Görner, ebenda)

Im Gegensatz dazu standen die USA, die in 2+4 „mit aller Härte ihre Konzeption der NATO-Ausdehnung durchsetzen wollten“, wie Ernst Krabatsch, damals stellvertretender Minister des Bereichs Grundsatzfragen im MfAA und Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen rückblickend einschätzte.

Dass sich die US-Konzeption durchsetzen würde, war damals noch nicht in Stein gemeißelt. In Osteuropa dachten die Regierungen intensiv über ihren Umgang mit und über Folgerungen aus den Veränderungen nach. Der Rückgang militärischer Bedrohungen mit dem Ende des Kalten Krieges und die sich mit der Regelung der über Jahrzehnte die europäische Politik vergiftenden Deutschen Frage abzeichnende Klimaverbesserung öffneten für sie neue Politikoptionen. Zwar wollten sie mit dem Auflösen des Warschauer Vertrages aus einer ihnen überdrüssig gewordenen UdSSR-Hegemonie ausbrechen. Dass sie dabei aber gradlinig von einem in den nächsten Militärpakt gerieten – daran schien ihnen zunächst nicht gelegen zu sein. Näher lag ihnen, die bereits gemeinsam mit den westlichen Nachbarn erarbeiteten europäischen Strukturen für Sicherheit und Zusammenarbeit, vor allem den breiten Sicherheitsbegriff der Schlussakte von Helsinki, weiterzuentwickeln, zu konsolidieren und zu institutionalisieren.

Mitte 1990 öffnete sich folglich in den osteuropäischen, aber auch einigen westeuropäischen Staaten ein Zeitfenster dafür, vor dem Hintergrund einer deutschen Vereinigung auch die europäische voranzubringen. Die damals noch amtierenden Botschafter der DDR machten auf diese Chance aufmerksam. So aus Warschau über eine gemeinsame Initiative Polens und der ČSFR zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses. Schweden signalisierte seine Unterstützung und bot Stockholm als KSZE-Sitz an. Belgien favorisierte ein kollektives Sicherheitssystem für Europa.

Auch in weiteren gewichtigen Aspekten differierten die Konzepte der beiden letzten DDR-Regierungen sowie ihres Außenministeriums mit denen der BRD. Im Sommer 1990 hatte die DDR so gut wie keine Möglichkeit mehr, eigene Vorschläge durchzusetzen, die nicht mit der Politik der BRD übereinstimmten. So eine deutliche Abrüstung aller deutschen Streitkräfte, das Verbot der Stationierung von ABC-Waffen auf deutschem Boden, das Verbot deutscher Waffenexporte, die Schaffung einer besonderen Wehrverfassung auf dem Gebiet der bisherigen DDR, die Weiterführung von Entwicklungsprojekten und von Kulturzentren im Ausland. Noch im September verlor der DDR-Delegationsleiter in der letzten Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche, Staatssekretär Helmut Domke („Demokratie Jetzt“), auf Intervention Kohls seinen Posten, weil er eine KSZE-orientierte Positionen vertrat. Bei einem gemeinsamen Auftritt mit Hans-Dietrich Genscher Ende August vor der Genfer Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag wagte er es, über den gemeinsam verkündeten Verzicht auf eigene A-, B- und C-Waffen hinaus auch noch die Verankerung dieser Erklärung im Grundgesetz sowie eine atomwaffenfreie Zone für ganz Deutschland vorzuschlagen. Beide Forderungen wurden von Bonn strikt abgelehnt. (Zumach, taz).

„In den Zwei-plus-Vier-Gesprächen spielte die DDR [...] eine völlig untergeordnete Rolle“, schätzte Ernst Krabatsch vom DDR-Außenministerium ein. „Mit der Zustimmung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und dem Umlauf der DM hatte sich auch die demokratische Opposition selbst aufgegeben. Formal saß die DDR noch am Verhandlungstisch, die wichtigen Entscheidungen fielen ohne sie. Die DDR konnte nur zustimmen. Ihre Vorschläge wurden ignoriert, um es nicht drastischer auszudrücken.“

Hervorzuheben gilt auch, dass die Delegationen beider deutschen Staaten im wohl wichtigsten programmatischen Gedanken des Zwei-Plus-Vier-Vertrags übereinstimmten: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Sie erklären, „daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ (Artikel 2). Gunter Görner, Leiter der Rechtsabteilung des MfAA, erinnert sich, dass den DDR-

Diplomaten Inspiration dazu die Willensbekundung von DDR-Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Brandt auf ihrem ersten Treffen im März 1970 war, wonach ihre Regierungen alles tun werden, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur Frieden ausgehen wird.

Hatte das 2+4 - Friedensversprechen eine Zukunft?

„Daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Mit diesem Versprechen an die Welt ist 2+4 in die deutsche Geschichte eingegangen. Deutsche Regierungen müssen sich daran messen lassen.

Was ist daraus geworden?

Bonn hatte die Wende in der DDR gewollt, aber nicht die friedenspolitischen Wünsche ihrer Reformer und deren Parlament, der Volkskammer. Auch nicht die der sowjetischen Führung. Dabei bargen gerade diese einen hohen Vertrauensvorschuss nicht nur an die Bundesregierung, sondern auch an die Transatlantische Allianz und die USA in sich: 1989/90 waren Gorbatschow und die sowjetische Führung dabei, aus der vorherrschenden Dominanz einer weltpolitischen Abschreckungskonstellation auszusteigen. Sie verließen sich darauf, dass sich mit der Regelung der „Deutschen Frage“ organisch der Weg in eine verbrieft, auf Interessenbalance beruhende europäische und transatlantische Ordnung gemeinsamer Sicherheit und nachhaltigen Friedens erschließen würde. Hohe Erwartungen setzte Gorbatschow insbesondere in ein vereintes Deutschland als starker Friedensmacht und kooperativer West-Ost-Katalysator im Herzen Europas.

In seinen „Erinnerungen“ an 2+4 hebt Genscher immer wieder hervor, dass er sich vehement dafür einsetzte, den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion gebührend entgegen zu kommen. Das war glaubwürdig vor dem Hintergrund der damaligen Absicht Bonns, sich von äußeren Souveränitätsfesseln zu befreien, die einem mächtigerem deutschen Staat international hinderlich sein könnten. Dafür brauchte es das Placet der sowjetischen Führung und bekam es.

Aber wie wurde jenem Versprechen in den Jahren danach entsprochen?

„Die Menschen sind fassungslos darüber, wie sehr die deutsche Staatsspitze den Grundsatz schleifen lässt, wonach Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten habe. Die innenpolitischen Umstände, sich als besetztes Gebiet zu fühlen und die ständigen Kriege, in die die NATO uns treibt, befeuern dieses Gefühl“. Willy Wimmer, der diese Grundstimmung von Kriegsablehnung in der Gesellschaft zutreffend beschreibt, legt den Finger in eine Wunde, die Schewardnadsch bereits auf der ersten 2+4 – Session ansprach: die „Kontrolle über Deutschland“ zu behalten durch die „Einbeziehung des neuen Staats in die NATO“. Da sich sein Verdacht nur auf westliche Siegermächte richten konnte, und hier vor allem die USA, schlussfolgerte er: „In dem Falle sollten wir die Grundsatzfrage entscheiden: Wie weit reicht unser Vertrag, und werden wir den Deutschen vertrauen? Wenn ja, dann müssen wir das nach meiner Auffassung auch ganz und gar tun. Anderenfalls würden wir von Anfang an einen gefährlichen Riß in die Deutschland- Regelung bringen, ja wir würden uns auf eine neue Spaltung Europas zubewegen, auf ein erneutes Gegeneinander, eine wiederbelebte Konfrontation. Geht man aber von einer anderen Zielsetzung aus, dann sollte man sich nicht auf Blöcke, sondern auf gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen stützen, die ohne Zeitverlust geschaffen werden.“

Fünfundzwanzig Jahre nach 2+4 sind Schewardnadschs Ausgangsbefürchtungen von 2+4 qualitativ weit übertroffen. Eine atomar gerüstete, in Kriegen erprobte Angriffsformation NATO ist bis dicht an die westlichen Grenzen Russlands herangerückt, die USA haben in Europa ihre politischen und militärischen Spielräume zuungunsten Russlands erweitert und zu ihrem Überlegenheitsvorteil den eurasischen Kernraum gespalten.

Putin hat im Kontext des Ukraine Konflikts nicht nur auf diese Realitäten reagiert. Er hat auch begriffen, wie sehr sich die frühere UdSSR- Führung mit ihrem Vertrauensvorschuss an Deutschland, ja den Westen, verrechnete. Dass sich mit ihm Gorbatschow im Kontext der

Problematik Ukraine/NATO solidarisierte, ist nicht nur ein spätes Eigeständnis eigener Irrtümer, sondern verdeutlicht auch die ganze Tiefe von Vertrauensverlust und sicherheitspolitischer Fehlentwicklungen seit den Entscheidungen von 2+4.

Unter friedenspolitischem Gesichtspunkt erweist es sich als gravierender Fehler, die sicherheitspolitische Richtungsentscheidung frei gewählter Volkskammerfraktionen in 2+4 gegen die Wand zu fahren.

Von NATO-Boden, auf dem auch Deutschland steht, geht auch Krieg aus.